



Kaffee auf dem Parkett
Eine Warenterminbörse in Äthiopien soll Millionen Farmer aus der Armut befreien. **SEITE 13**

Wirtschaft

Der ewige Liberale

Peter Mandelson bleibt sich treu: Mitten in der Krise möchte der Brite die Royal Mail privatisieren. **SEITE 12**



Wissenschaft Leben vom Reißbrett

Biologen entwickeln Kunstmikroben mit synthetischen Genen. **SEITE 15**

MEINUNGEN

Warum Firmen weiter forschen müssen

INNOVATION Nur wer über modernste Technologien verfügt, macht im Aufschwung gute Geschäfte

Von **Arend Oetker**

In der gesamten deutschen Industrie hinterlassen die Turbulenzen an den Finanzmärkten und der weltweite Konjunkturabschwung ihre Spuren. Nun gilt es, Balance zu halten. Die Unternehmen dürfen trotz schrumpfender Märkte und sich leerender Auftragsbücher nicht an Forschung und Entwicklung sparen.

In der Vergangenheit haben Boom wie Baisse in den Forschungslaboren der Wirtschaft ihre Spuren hinterlassen. Wir müssen diesmal alles tun, um dies abzumildern. Deutschland benötigt mehr Investitionen in Wissenschaft, Bildung, Schulen und Universitäten. Diese Investitionen sind das beste und nachhaltigste Konjunkturprogramm.

Wir müssen auch neu über die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE) in Deutschland nachdenken. In den meisten Technologien weltweit fördert der Staat private Investitionen in Forschung und Entwicklung. Auch Deutschland muss großes Interesse daran haben, dass möglichst viele Firmen – auch ausländische – ihre Produkte und Dienstleistungen in deutschen Laboren entwickeln. Ein wirksames Gegenmittel könnten Steuergutschriften in Höhe von zehn Prozent der FuE-Aufwendungen für Unternehmen aller Größen sein. Dies ist einfach, unbürokratisch und wirkt unmittelbar. Die deutschen Unternehmen haben 2007 und 2008 ei-



Deutschland benötigt mehr Investitionen in Wissenschaft, Schulen und Universitäten.

nen riesigen Beitrag zur Innovationskraft des Landes geleistet. Die Aufwendungen der Wirtschaft für Forschung und Entwicklung sind 2008 auf 56,8 Milliarden Euro gestiegen. Die Prognosen für 2009 allerdings sind höchst ungewiss. Staatliche Steuergutschriften können in dieser Lage dazu beitragen, dass die deutschen Unternehmen ihre FuE-Ausgaben auf gutem Niveau halten. Denn wer im nächsten Aufschwung nicht über neueste Technologien verfügt und keine neuen Produkte und Dienstleistungen anzubieten hat, wird aus der rauhen See, in die die Wirtschaft gerade steuert, nicht so schnell herauskommen.

Deshalb brauchen wir keine nur kurzfristig wirksamen Subventionen per Gießkanne, sondern eine nachhaltige Strategie, die den Industriestandort Deutschland erfolgreicher und krisenfester macht. Dazu gehört zuallererst eine industriefreundliche Politik, die die Forschung fördert, auch den Mittelstand stärkt und die Infrastruktur verbessert.

2009 wird ein schwieriges Jahr. Aber wenn die Bundesregierung ihre Forschungs- und Bildungsausgaben wie geplant deutlich anhebt, wenn die Länder mitziehen und die Unternehmen Standfestigkeit beweisen, wird Deutschland gestärkt aus der Krise hervorgehen.

Arend Oetker ist Unternehmer und Präsident des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft.

Zukunft im Stau

ELEKTROAUTO Die „Stromer“ lassen auf sich warten

Von **Walther Wuttke**

Die Retter der Industrie gleiten, so das Szenario, lautlos und abgasfrei über die Straßen und erhellen die Mienen der Konzernlenker, wenn diese an die Zukunft denken. Ausgerechnet das Elektroauto, das nach einer kurzen Erfolgsfahrt Anfang des vergangenen Jahrhunderts wieder abgestellt wurde, soll nun die Branche vor dem Untergang bewahren. Alle großen Produzenten entwickeln inzwischen Elektromobile und kämpfen dabei wieder mit dem entscheidenden Problem, das schon vor gut einem Jahrhundert die E-Mobile ausbremste, was allerdings in der allgemeinen Begeisterung über den alternativen Antrieb ausgeblendet wird.

Noch immer gibt es keine Batterietechnik, die ausreichende Reichweiten garantiert, und daher führen Elektroautos trotz ihrer medialen Präsenz auf den Straßen noch immer ein Nischen-dasein. Daran wird sich in absehbarer Zeit auch nichts ändern. Allenfalls die Hybridtechnik, also die Kombination aus Elektro- und Verbrennungsmotor, kann kurzfristig die Umwelt- und Energiebilanz verbessern. Selbst wenn die

neuartige Speichertechnik, an der zurzeit von Toyota bis Daimler alle Hersteller arbeiten, einmal verfügbar sein sollte, wird sie zunächst einen vergleichsweise hohen Preis haben, was einer massenhaften Verbreitung entgegensteht. Wobei Umweltfragen – irgendwo muss die Energie für die „Stromer“ ja produziert werden – aktuell ausgeblendet werden.

Statt also das Elektroauto zum alleinigen Heilsbringer zu befördern, muss die Industrie zweigleisig fahren und neben der Entwicklung von neuen Antriebsformen wie Elektro-, Brennstoffzellen- und Hybridaggregaten sich gleichzeitig auf die Entwicklung von Automobilen konzentrieren, die sich ihre Kundschaft leisten kann.

Menschen, die Angst um ihre Arbeitsplätze haben, scheuen vor größeren Ausgaben zurück und schicken so die Absatzzahlen steil nach unten. Nur noch 3,09 Millionen Autos wurden im vergangenen Jahr in Deutschland abgesetzt. Tendenz weiter fallend. Das ist der niedrigste Stand seit 17 Jahren. Der Erfolg von Renaults Billigmarke Dacia und der gegen den Trend steigende Anteil von Kleinwagen zeigt die Richtung.

ZAHLENWERK

3,3

Prozent betrug der Rückgang der Preise für Telekommunikation im Jahr 2008. Damit verbilligten sich Gespräche im Festnetz und Mobilfunk sowie das Surfen im Internet zum dritten Mal in Folge. *Quelle: Statistisches Bundesamt*

Das letzte Mittel

KONJUNKTURPAKET Nachdem in den vergangenen Boomjahren zu wenig für die Haushaltssanierung getan wurde, droht nun eine Rekordflut an Schulden. Der Schaden wird von Dauer sein

Von **Stefan Deges**

Nach dem Konjunkturpakt ist vor dem Schuldengipfel. In Windeseile peitscht die Große Koalition die größte Neuverschuldung in der deutschen Geschichte durch die Instanzen, um so gleich zum nächsten Thema überzugehen: die Entschuldung der öffentlichen Haushalte. Von einem Tilgungsmechanismus ist nun die Rede.

Doch in Wirklichkeit verabschieden sich die beiden Volksparteien mit dem Konjunkturpaket II von dem ehrenhaften Vorhaben, die staatlichen Kassen zu sanieren. Finanzminister Peer Steinbrück mag nach außen noch den Sanierer geben. Tatsächlich aber weiß auch der Sozialdemokrat, dass vom 12. Januar an, wenn der Koalitionsausschuss das Milliardenpaket schnüren wird, niemand mehr der Verschuldung Einhalt gebieten kann. „Klar ist, dass wir massiv neue Schulden aufnehmen werden und dass wir deshalb auf Jahre hinaus Schwierigkeiten haben werden, einen einigermaßen ausgeglichenen Haushalt hinzubekommen“, sagt Hans Peter Grüner, Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Mannheim.

Das Treffen der Föderalismuskommission II verkommt somit zur Farce. Ursprünglich wollte die Kommission am 5. Februar darüber diskutieren, ob Schulden per Grundgesetz verboten werden sollen – Stichwort Schuldenbremse. Doch nach der Verabschiedung des Konjunkturpakets müsste die Regierung dem Volk als Erstes erklären, warum man gleich im ersten Jahr von der neuen Regel abweichen will.

Schon die im Herbst beschlossenen Stützungsmaßnahmen für die Finanzbranche führten dazu, dass der Bundestag die zunächst geplante Neuverschuldung von 10,5 Milliarden Euro um acht Milliarden aufstocken musste. Hinzu kommen neue Löcher, die der Abschwung in die öffentlichen Kassen reißen wird. Die sogenannten automatischen Stabilisatoren, also staatliche Transferleistungen an neue Arbeitslose und Steuermindereinnahmen, beuteln auch den Bundeshaushalt – je nach Schwere der Rezession – um bis zu zehn Milliarden Euro. Hierzu gesellen sich nun auch die Kosten des zweiten Konjunkturpakets, das in den beiden anstehenden Jahren je 20 bis 25 Milliarden Euro verschlingen wird.

Damit nicht genug: Es kommt auch noch der Tag der Abrechnung für den Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (Soffin), dessen Zinsen zwar zunächst nur einem Sondervermögen angerechnet werden, aber irgendwann auch offiziell in die Bilanz des Staates gestellt werden. Das vierte Quartal 2008 soll für etliche Banken desaströs gewesen sein, weshalb staatlicher Schutz unausweichlich scheint. „Ich rechne damit, dass der Finanzminister noch Geld für die Banken benötigen wird“, sagt Ökonom Grüner.

Mögliche weitere Defizite von Ländern und Gemeinden sowie der Sozialkassen einberechnet, dürfte schon in diesem Jahr die Staatsverschuldung höher als drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegen, was der Maastricht-Vertrag eigentlich untersagt. Der gesamte Schuldenstand reißt schon seit Jahren die Maastricht-Latte von 60 Prozent (siehe Grafiken). Und ausgerechnet in einem solchen Jahr, da die Neuverschuldung ins Uferlose abdriftet, soll die Bundesregierung eine Schuldenbremse ins Grundgesetz schreiben?

Zumindest offiziell betonen Unions- und SPD-Politiker genau das: Günter Oettinger, der gemeinsam mit Peter Struck die Föderalismuskommission leitet, hat seine Zustimmung zum Konjunkturpaket bereits unter den Vorbehalt gestellt, dass man sich auch auf eine Schuldenbremse einigt. Struck bestätigte seinerseits, man habe am Montag in der Koalitionsrunde vereinbart, eine Schuldenbremse ins Grundgesetz zu schreiben. Den Steuerzahlerbund wissen die Kommissionsleiter auf ihrer Seite; auch der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, warnt: „Die Begrenzung der Staatsverschuldung ist vom Bundesverfassungsgericht als ganz zentrale Aufgabenstellung bewertet worden.“ Und



Trübe Aussicht: Die Staatskassen sind leer – zulasten junger Generationen.

FOTO: MARC DIETRICH/ISTOCKPHOTO

die Bundeskanzlerin schrieb zum Jahreswechsel im „Handelsblatt“: „Bund und Länder müssen sich neue Regeln für eine Schuldenbegrenzung geben.“

Wer allerdings sicher ist, dass er nicht zitiert wird, verrät eine andere Linie: „Wenn wir abwägen zwischen neuen Arbeitslosen und neuen Staatsschulden“, so der Sprecher eines CDU-Ministerpräsidenten, „dann fällt uns die Entscheidung leicht.“ Schließlich gelte es ja den freien Fall aufzuhalten. Schlimmstenfalls drohten mehr als eine Million neuer Arbeitsloser und vier Prozent Schrumpfung des Bruttoinlandsproduktes. „Die Debatte über Schuldenbremsen kommt einfach zur Unzeit“, heißt es dann auch vonseiten eines SPD-Ministerpräsidenten. Wir

müssten ja gleich mit einigen Ausnahmefällen starten. Auch Ökonom Grüner ist sich sicher: „Eine dauerhafte Regelung für den Umgang mit Staatsschulden ist zwar wünschenswert. Doch politisch halte ich es für illusorisch, das vor den Wahlen zu machen.“

Also nimmt man neue Ewigkeitslasten auf sich – und finanziert damit auch noch ein höchst fragwürdiges Programm: Erstens erhält die deutsche Wirtschaft im neuen Jahr bereits ohnehin starke Impulse (siehe Kasten). Zweitens dürften die Wirkungen des zweiten Programms überschätzt werden. „Wir haben nur wenig überzeugende Daten aus vergleichbaren Krisenzeiten, anhand derer wir Erfolg versprechende

Maßnahmen identifizieren können“, räumt sogar Volkswirt Hans Peter Grüner ein. Die einzig validen Daten, die überhaupt verfügbar sind, stammen aus den Vereinigten Staaten, und ihre Interpretation gibt eher Anlass zur Besorgnis. Der deutsche Ökonom Harald Uhlig und sein Londoner Kollege Andrew Mountford haben untersucht, wie sich unterschiedliche fiskalische Impulse auf die Konjunktur der USA auswirkten. Wer die Studie gelesen hat, rät der Bundesregierung sofort von ihrem Programm ab.

Erstens: Investitionen, die auf Pump finanziert werden, wie es einst John Maynard Keynes vorgeschlagen hat, sorgen zwar kurzfristig für Wachstumsimpulse, langfristig aber überschattet der zusätzliche Schuldendienst diesen Effekt. Nun will Berlin Straßen, Schienen und Kommunikationswege erneuern, Schulen und Hochschulen sanieren und kommunale Investitionen unterstützen. Das wird sich nur auszahlen, wenn man die Schulden alsbald wieder abbaut. Ansonsten leidet das Wachstumspotenzial langfristig. Zweitens: Steuerfinanzierte Ausgaben entpuppen sich in der Studie als Rohrkrepiere. Von ihnen geht zunächst kaum ein Impuls aus, und mit der Zeit wirkt sich die Steueranhebung sogar negativ aus. Die Wirtschaft schrumpft wieder. Insofern wirkt der Vorschlag des SPD-Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier, zur Gegenfinanzierung die Reichensteuer anzuhähen, reichlich kontraproduktiv.

Bleibe drittens: eine kreditfinanzierte Steuersenkung. Bei ihr ermittelten Uhlig und Mountford tatsächlich etwas stärkere Auswirkungen auf Produktion, Konsum und Investitionen. Voraussetzung sind allerdings anschließende Ausgabenkürzungen der Regierung, ansonsten übersteigen die langfristigen Kosten auch hierbei die kurzfristigen Nutzen. Umstritten ist, ob sich diese Beobachtung auch auf Deutschland anwenden lässt. „Ich habe meine Zweifel, ob die Konjunktur in Zeiten außerordentlich hoher Unsicherheit und geringen Vertrauens wirklich von vorübergehenden Steuersenkungen profitiert. Die Haushalte neigen in schwierigen Zeiten dazu, Mehreinkommen zu sparen, anstatt es auszugeben“, sagt Lucas Papademos, Vizepräsident der Europäischen Zentralbank.

Dann also: Volle Kraft voraus in die Schuldenfalle.

SPÜRBARE IMPULSE

Neben dem aktuellen Konjunkturpaket sorgen weitere politische Maßnahmen und Entwicklungen für eine Belebung des Wirtschaftskreislaufes:

► **Pendlerpauschale:** Aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts sparen die steuerzahlenden Berufspendler in den Jahren 2007 bis 2009 rund 7,5 Milliarden Euro.

► **Ölpreis:** Der größte Einzeleffekt für die deutsche Konjunktur. Nach Schätzung der Commerzbank sparen die Deutschen wegen des niedrigeren Ölpreises bis zu 20 Milliarden Euro im laufenden Jahr.

► **Tarifabschlüsse:** Etliche Abschlüsse im vergangenen Jahr bescherten den Beschäftigten spürbare Gehaltsanhebungen, die oft mit Einmalzahlungen verbunden waren.

► **Automatische Stabilisatoren:** Im Abschwung unterstützt der Staat Arbeitslose und muss Steuermindereinnahmen in Kauf nehmen. Der Wirtschaftsweise

Wolfgang Franz schätzt, dass dadurch 20 Prozent eines negativen Konjunkturschocks aufgefangen werden können.

► **Konjunkturpaket I:** Nach großzügigster Berechnung der Bundesregierung stehen aus dem ersten Konjunkturpaket in den Jahren 2009 und 2010 zusätzliche 32 Milliarden Euro aus dem Staatsäckel bereit – mit eingerechnet sind allerdings Ausgaben wie die Kindergelderhöhung, die nichts mit der Krise zu tun haben.

► **Konjunkturpakete im Ausland:** Auf dem EU-Gipfel im Dezember vereinbarten die Regierungschefs, der Konjunktur mit insgesamt 200 Milliarden Euro zu helfen. In den USA will Barack Obama kurzfristig rund 800 Milliarden Dollar (600 Milliarden Euro) locker machen. China versucht mit einem Konjunkturpaket von umgerechnet fast 500 Milliarden Euro, das Wachstum zu beflügeln. Für den Exportweltmeister Deutschland sind das alles gute Nachrichten. **deg**

